

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Prof. Dr. Franz Lehner,
Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler, Prof. Dr. Sören Petermann

Die Zukunft des Ruhrgebietes - Was kommt nach dem Strukturwandel?

Thesen

Langfassung

Wir haben vor sechs Jahren eine umfangreiche und vieldiskutierte Analyse zur Situation im Ruhrgebiet unter dem Titel „**Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet**“ vorgelegt. Wir möchten diese Tagung zur **Zukunft des Ruhrgebietes** nutzen, um eine erste Bilanz zu ziehen, was sich in den letzten Jahren verändert hat und wo wir weiterhin Handlungsbedarf sehen. Dabei orientieren wir uns an den drei Kernbereichen der damaligen Analyse:

- Funktionale Differenzierung, Ausbau einer wissensbasierten Wirtschaft und neue Anforderungen an die regionale Strukturpolitik
- Sicherung des Humanvermögens und des Humankapitals
- Ausbau der interkommunalen Kooperation.

Im Folgenden wird jeweils kurz skizziert, worum es geht, was besser geworden ist und was noch zu tun ist.

1 Funktionale Differenzierung, Ausbau einer wissensbasierten Wirtschaft und neue Anforderungen an die regionale Strukturpolitik

Eine unserer Kernthesen war, dass es im Ruhrgebiet an einer tragfähigen Arbeits- und Funktionsteilung fehlt. Arbeits- und Funktionsteilung heißt, dass nicht jedes der Zentren im Ruhrgebiet in etwa das Gleiche macht wie die anderen auch, sondern sich auf bestimmte Wirtschaftszweige, Wertschöpfungsketten und Funktionen spezialisiert (funktionale Differenzierung). **Funktionale Differenzierung ist eine notwendige Voraussetzung** für eine nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Bildung von herausragenden Marktplätzen, die für obere Marktsegmente und bestimmte Wirtschaftszweige oder Produktgruppen (z.B. Gesundheitsleistungen) das gesamte Kaufpotenzial des Ruhrgebiets und seines Umfeldes bündeln kann. Funktional differenzierte Strukturen müssen im Ruhrgebiet zwar arbeits- und funktionsteilig, aber gleichzeitig auch **vernetzt** sein. Es müssen lokale Schwerpunkte, die Cluster oder Mini-Cluster sein sollten, gebildet werden, um die herum regionale Netze aufgebaut werden müssen.

Eine gesteuerte funktionale Differenzierung ist allerdings ein schwieriges Unterfangen. Dazu muss die Strukturpolitik umgestellt werden – von der Förderung einzelner Maßnahmen zum längerfristig angelegten Aufbau von wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Netzwerken mit einem oder wenigen starken lokalen Knoten. Zudem ist systematisch interkommunale Kooperation zu fördern.

Was ist hier besser geworden?

Im Ruhrgebiet sind inzwischen viele Menschen **im Dienstleistungssektor** tätig (über 77 %). Das ist sowohl im Vergleich zur Bundes- als auch zur Landesebene ein hoher Anteil. Der tertiäre Sektor ist jedoch nicht der alleinige Wachstumsträger, da viele Dienstleistungen weiterhin an industrielle Aktivitäten **gekoppelt** sind. Für den Arbeitsmarkt sind im Ruhrgebiet sowohl der **Wissenssektor** als auch die **Gesundheitswirtschaft/sozialen Dienste** immer bedeutsamer. Der Wandel des Produktionssystems in Richtung wissensintensiver Sektoren spiegelt sich gut in den verschiedenen Hochschulen der Region wider. Der **Hochschulsektor** bietet ein großes Potential für die Zukunft des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet ist auf dem Weg, von Industriestädten mit dem „Pulsschlag aus Stahl“ zur **Wissensregion** zu werden, in der es über 250.000 Studenten gibt, während es vor über fünfzig Jahren keine Universität im Ruhrgebiet gab!

Der wirtschaftliche Aufholprozess im Ruhrgebiet setzt sich fort: Neben dem Wachstum im Dienstleistungssektor weist inzwischen auch das produzierende Gewerbe wieder eine positive Bruttowertschöpfungsentwicklung auf. Zudem kommt es zur **Herausbildung einzelner wirtschaftlicher Kerne mit hoher Spezialisierung und internationaler Sichtbarkeit:** Überregional sichtbare Kompetenzen finden sich vor allem in der Logistik und der Gesundheitswirtschaft. Zu wichtigen Standbeinen des produzierenden Sektors zählen die Metallindustrie, die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Energiewirtschaft.

Die Notwendigkeit funktionaler Differenzierung ist mittlerweile weitgehend akzeptiert. Auch Förderentscheidungen des Landes (z.B. Gesundheitscampus) orientieren sich zunehmend an Schwerpunktbildungen. Die erfolgreichen Projekte im Ruhrgebiet (insbesondere die IBA) werden inzwischen national und international als Vorbild für die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels gesehen. Das Ruhrgebiet wird in einer Studie des wiss. Beirates der Bundesregierung Globale Veränderungen („Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte“/2016) als eine post-industrielle Metropole bezeichnet, die durch ihre polyzentrische Struktur als besonders zukunftsfähig eingeschätzt wird. Dies liegt auch daran, dass hier europaweit die dichteste Hochschullandschaft entstanden ist; hinzu kommt eine vielfältige Kulturszene – aber auch zentral an der erfolgreichen ökologischen Umgestaltung der Emscher, die durch die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) Impulse erhielt.

In der Wirtschaftsförderung zeigen sich in den letzten Jahren durchaus kreative Problemlösungen in Richtung auf mehr Kooperation. Mit einer regionalen Standortpolitik konnten auch Impulse für den Aufbau von neuen Produktions- und Dienstleistungsclustern gegeben werden. Allerdings ist es in den letzten Jahren fast zu einer Gleichsetzung von Wirtschaftsförderung mit Clusterförderung gekommen. Wenn allerdings jede Kommune meint, einzigartige Clusterkonzepte entwickeln zu können, droht die Gefahr der Inflationierung und tendenziell Entwertung. Erforderlich ist eine sich selbst tragende Clusterorganisation. Über die Interaktion und Kooperation verschiedenster regionaler Akteure, räumliche Nähe und Vertrauen hinaus, brauchen regionale Innovationssysteme effiziente Vermarktungsstrategien, um Wertschöpfungsnetzwerke in Zukunftsfeldern aufzubauen.

Was ist noch zu tun?

Die Zukunft des Ruhrgebiets liegt in einer wissensbasierten und dienstleistungsintensiven Industrie. Um seine Zukunftschancen zu realisieren, benötigt das Ruhrgebiet eine stärkere Innovationskultur und eine höhere urbane, soziale und ökologische Lebensqualität. Das Ruhrgebiet braucht zudem neue strukturpolitische Dekadenprojekte. Mögliche Projekte könnten die nachhaltige Stärkung der mittelständischen Komponente des industriellen Kerns des Reviers durch den Aufbau von globalen Innovations- und Finanzierungsnetzen in Verbindung mit dezentraler Produktion (3-D-Druck) und Verteilung, die Digitalisierung der Industriekultur auf Spitzenniveau, mit Hilfe eines offenen Innovationssystems mit den einschlägigen Unternehmen der Region, eine möglichst rasche und breite Umstellung des industriellen Kerns des Ruhrgebiets auf biotechnische Verfahren und Produkte über einen Wettbewerb für „Sonderentwicklungsbereiche“ von Unternehmen und Hochschulen, die Wiedernutzung alter Bergbau- und Industriegebäude für eine effiziente Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Einstiegsschneise in den Leitmarkt nachhaltiger Konsum sowie der Ausbau und Aufwertung von Grünzügen und Wasserwegen zur nachhaltigen Verbesserung der Standort- und Wohnqualität des Ruhrgebiets sein.

In Zeiten globalisierter Märkte und umgreifender Digitalisierungsprozesse hängt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes stark von der Fähigkeit zur schnellen Interaktion in Form von Technologietransfer und Wissensteilung ab. Dazu gehört neben den Unternehmen und ihrer effizienten regionalen Einbettung eine leistungsfähige Forschungs- und Hochschullandschaft. Der **Hochschulsektor** bietet ein großes Potential für die Zukunft des Ruhrgebiets. Die Region ist auf dem Weg, von Industriestädten mit dem „Pulsschlag aus Stahl“ zur **Wissensregion** zu werden! Benötigt wird aber mehr Dynamik in der Innovationskultur, um die potentiellen Wachstumsfelder zu entfalten. Dazu gehört auch die Entfaltung strategischer Visionen und eine experimentelle Umsetzungsstrategie, die neue Möglichkeitsräume erschließt. Eine solche Netzwerkstruktur zwischen Wirtschaft, Forschung und staatlicher Förderung mit regionalen Kompetenzzentren stellt sich inzwischen als zentrales Kennzeichen in fast allen zukünftig interessanten Wachstumsfeldern heraus.

Das Vorhandensein von Hochschulen und Forschungseinrichtungen **reicht aber nicht aus**, um wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Erfolg zu haben. Das wirtschaftliche Umfeld muss auch vorhanden sein, Synergien müssen erzeugt und **kommuniziert** werden (d.h. Reduzierung von Institutionen/Ansprechpartnern), **Schnittstellen** müssen besser gemanagt werden – dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund einer durchgreifenden Digitalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche gekoppelt mit der Globalisierung. Zukünftige Leitmärkte (Energie, Gesundheit, Wohnen, Mobilität etc.) erfordern generell **intersektorale Verknüpfungen**. Wissensregionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen konkreten „Mehrwert“ generieren. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass der Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensiviert wird. Die Gründungsförderung hat sich z.B. durch Gründerzentren positiv entwickelt, die Gründerquote geht derzeit aber zurück – sowohl auf Bundesebene als auch in NRW und vor allem im Ruhrgebiet. Wir brauchen aber **mehr Gründer!**

Ein zentrales Zukunftsfeld für eine innovative Strukturpolitik liegt zudem in der Bewältigung des demographischen Wandels. Durch die Alterung der Gesellschaft und die Ausbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen sich neue Optionen, die bspw.

unter dem Stichwort „vernetztes Wohnen“ diskutiert werden. Der Wohnbereich ist hier ein ganz zentraler Ort, denn mit steigendem Alter geraten die Wohnsphäre und Gesundheitsfragen immer stärker in den Mittelpunkt des individuellen Lebens. So verlagert sich bspw. die gesundheitliche Versorgung immer stärker in die häusliche Umgebung; der Haushalt entwickelt sich so zum „dritten“ Gesundheitsstandort. Vernetzte Wohnlösungen breiten sich projektartig in verschiedenen Städten aus, nun gilt es, integrierte Versorgungssysteme auf breiter Basis aufzubauen und diese zunehmend als „Normallösungen“ zu etablieren. Hier könnte das Ruhrgebiet in der Realisierung integrierter Versorgungsmodelle eine **wichtige Leitbildrolle** einnehmen, da es schon einige integrierte Versorgungslösungen in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, ambulanten Diensten, Pflegeeinrichtungen etc. gibt. Bereits heute ist der Altenquotient in vielen Teilen des Ruhrgebiets und v. a. in den Kernstädten der Region höher als im Landesdurchschnitt. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Deshalb gewinnt das Quartier als neuer „Ort“ für vernetzte Politiken (etwa im Bereich des altengerechten Wohnens und der Pflege, aber auch im Feld der urbanen Mobilität) an Bedeutung.

2 In Menschen investieren! Humanvermögen und Humankapital sichern!

Das Ruhrgebiet ist ein im Kern schrumpfender, an den Rändern zunächst noch wachsender sozial, ethnisch und demografisch zunehmend segregierter Ballungsraum. Im Vergleich zu anderen Großstädten in NRW leben hier mehr Menschen in der „Unterstadt“ (in der ethnische, demografische und soziale Segregation kumuliert auftreten) und weniger in der „Oberstadt“. Soziale Fragmentierung führt zu sozialer Exklusion und Rückzugsverhalten und gefährdet die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen wächst in benachteiligten Familien in überforderten Sozialräumen auf. Ihre Adresse ist die wichtigste Determinante für Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabechancen. Vor diesem Hintergrund muss **„Ungleiches ungleich behandelt werden**, d.h. benachteiligende Sozialräume sind besonders zu fördern.

Gefragt sind Investitionen in die nachwachsende Generation, ihr Humankapital und ihr „Humanvermögen“. Dazu braucht es mehr als nur gute oder bessere Schulen in den benachteiligten Stadtteilen. Benachteiligte Kinder kann man nicht gegen die deprivierenden Einflüsse ihres Quartiers (infrastrukturelle und bauliche Defizite, problematische soziale Milieus, Misstrauen als natürliche Einstellung) und nicht gegen die Familien (Ressourcenmangel und mangelnde Elternkompetenz) fördern. Chancengerechtigkeit verlangt Förderung der Familien und die Verbesserung der dauerhaften Lebens- und Lernumwelten der nachwachsenden Generation im Ruhrgebiet.

Was ist hier besser geworden?

Die **Relevanz eines kleinräumigen Monitorings**, d.h. des kontinuierlichen und systematischen Prozesses der Erfassung, Auswertung und Darstellung von Daten, die Aussagen zur Situation in den Städten und in der Region erlauben, ist inzwischen erkannt und in einigen Kommunen auch beispielhaft umgesetzt worden (z.B. Mülheim). Wichtig ist in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass der Blick nicht an den kommunalen Grenzen stehen bleibt. So zeigt z.B. die Analyse der Schülerströme von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen, dass es bei vielen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden im RVR enge Übergangsverflechtungen

gibt. Die beobachteten Verflechtungen zeigen also einen Bedarf für eine regionale Bildungsplanung und Kooperationen zwischen den Kommunen. Sie sind ein Indiz dafür, dass die Kommunen bei der Bildungsplanung eng zusammenarbeiten sollten.

Dies spricht auch für die **Notwendigkeit eines regionalen Monitorings**. Die Erstellung des ersten regionalen Bildungsberichts Deutschlands, des Bildungsberichts Ruhr als Grundlage eines möglichen Handlungskonzepts für die Bildungsregion Ruhr ist ein positives Beispiel. Im Nachgang sind mit Unterstützung des RVR und von RuhrFutur inzwischen auch vielfältige weitere Aktivitäten unternommen worden. Eine direkte Auswirkung war u.a. die Bildung der AG Bildungsmonitoring, bei der es um die Mobilisierung der in den Kommunen des RVR vorhandenen Expertise im Dienste eines regionalen Bildungsmonitorings geht. Hier werden in Zusammenarbeit die Grundlagen für ein regionales Bildungsmonitoring und eine regionale Bildungserstattung erarbeitet. Ein neuer Bildungsbericht Ruhr ist in Planung.

Die Akzeptanz von Sozialindices hat zugenommen, die Einführung einer schulscharfen sozialindexgesteuerten Ressourcenzuweisung für Schulen wird gefordert. In Nordrhein-Westfalen wird seit dem Schuljahr 2006/07 ein zusätzliches Kontingent an Lehrkräften auf Basis eines Sozialindex auf Kreisebene (Schulamtsbezirke) verteilt. Der Sozialindex wird auf Basis von Kreisstrukturdaten berechnet und soll die soziale Belastung der Kreise und kreisfreien Städte messen. Die Verteilung der **zusätzlichen** Lehrerstellen auf die von einer schwierigen Ausgangslage gekennzeichneten Schulen innerhalb der Schulaufsichtsbezirke übernimmt die **Schulaufsicht**. Dieser sehr ungenaue Kreisindex, der die Heterogenität innerhalb der Kreise nicht mitberücksichtigt, wird seinem Ziel, den Defiziten und Effekten, die aus schwierigen Lernausgangslagen entstehen, durch eine ungleiche Ressourcenzuweisung entgegenzuwirken und die individuelle Förderung an Grund- und Hauptschulen zu verbessern, nicht gerecht. Notwendig ist hier vielmehr eine schulscharfe sozialindexgesteuerte Ressourcenzuweisung für Schulen. Die neue Landesministerin für Schule und Weiterbildung Yvonne Gebauer hat in ihrer Regierungserklärung am 04.10.2017 angekündigt, sich diesem Thema verstärkt zu widmen. Ein funktionierender Ansatz für einen schulscharfen und flächendeckend in NRW einsetzbaren Index für Schulen, der die unterschiedlichen Sozialräume und Strukturen der Schülerinnen und Schüler an den Schulen berücksichtigt, liegt z.B. schon in Form des Standorttypenindex vor. Dieser wird allerdings bislang nur zur fairen Auswertung von Lernstandsergebnissen (Vera 3 und 8) verwendet. Notwendig wäre hier ein ähnliches Vorgehen wie z.B. in Hamburg, hier werden Personalressourcen auf **Basis eines schulscharfen Sozialindex für Grundbedarfe (Absenkung der Klassenfrequenzen bei ungünstigem Sozialindex)** als auch einzelnen **Fördermaßnahmen** zugewiesen.

Was ist noch zu tun?

Integrierte Handlungskonzepte mit Beteiligung durch Akteure und Organisationen der Zivilgesellschaft bündeln Zuständigkeiten und Aktivitäten unterschiedlicher Ressorts und Akteursgruppen. Sie erfordern neue sozialraumorientierte Formen der Bürgerbeteiligung, Planung und Steuerung in den Kommunen (Beispiel: Sozialraumkonferenzen). Integrierte Handlungskonzepte sind in der Fläche zu etablieren, zu evaluieren und zu verstetigen! Ein gutes Beispiel ist die Bildungsoffensive Hassel in Gelsenkirchen, aber hier ist insgesamt nach wie vor viel zu tun. Um

die Probleme und Bedarfe insbesondere in benachteiligten Sozialräumen zu erkennen, ist es sinnvoll per Sozialraum-Monitoring auch denen eine Stimme zu geben, die resignierend auf übliche Beteiligungsformen verzichten.

Unterschiedliche **Förderprogramme sind besser zu integrieren!** Gegenwärtig existiert ein Nebeneinander unterschiedlicher und unterschiedlich finanzierter integrierter Handlungsprogramme in den Kommunen mit unterschiedlichen Förderverfahren und jeweils spezifischen Anforderungen an die Kommunen, z.B. „Soziale Stadt“, Stadtumbau-West, „Lernen vor Ort“ usw. (Mehr als zwei Drittel der Gelsenkirchener leben in Stadtteilen, die aus irgendeinem Städtebauförderungsprogramm gefördert werden). In den unterschiedlichen Programmen geht es aber faktisch um die gleichen Stadtteile und um Menschen in sehr ähnlichen Lebenslagen. Hier könnten erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden. Neue integrierte Handlungskonzepte mit hoher Beteiligungsqualität vor Ort, wie zum Beispiel das vom Land NRW modellhaft entwickelte Format „familiengerechte Kommune“ können hier eine Verbesserung bringen, indem sie in professionell moderierten Beteiligungsprozessen unterschiedliche Handlungsfelder, wie Bildung, Wohnen, Generationenbeziehungen, Kompetenzdefizite, Integration, Versorgungs- und Infrastrukturdefizite in Quartieren, Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemeinsam in den Blick nehmen, Strukturen und Zusammenhänge erkennen und Prioritäten setzen.

Die Landesinitiative sollte sich auf die durch kommunale Prävention und Intervention gestaltbaren Übergänge im Lebenslauf von Kindern und Jugendlichen konzentrieren – hier gibt es in den Kommunen erheblichen Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die vielen beteiligten Einrichtungen und Träger- und sie sollte (ungeachtet der Interessen der beteiligten Ressorts) vor allem die frühen Phasen der Kindheit (Übergänge in KITA, Grundschulen, weiterführende Schulen) in den Blick nehmen, denn hier kann (im Hinblick auf den Aufbau von Humanvermögen und Humankapital und den absehbaren „Fachkräftemangel“ für die Wirtschaft) das meiste bewegt werden. Die Landesinitiative hat – anders als zum Beispiel zahlreiche Lernen vor Ort-Projekte – nicht den Fehler gemacht, Kinder gegen die Familie und gegen die Einflüsse des Sozialraums zu fördern, in dem sie aufwachsen. Geeignete Formen der Einbeziehung der Eltern („Parenting“ in KITA, Grundschule, Jugendhilfeeinrichtungen, Schule) sind vor Ort modellhaft entwickelt worden.

Das erfolgreiche Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen! Kommunen beugen vor“, in dem kommunale Akteure präventive Kooperationen entwickelt haben, wird unter der neuen Landesregierung unter neuem Label und zunächst mit erheblich gebremstem Tempo, aber immerhin mit mehr Kommunen fortgeführt. All diese Aktivitäten haben aber nur Projektstatus und sind nicht nachhaltig finanzierte exemplarische (und deshalb örtlich selektiv implementierte) Politik.

Bis jetzt werden Familien von unseren Bildungseinrichtungen zwar gefordert, aber nur selten gefördert. Ähnlich verhält es sich mit den „überforderten Nachbarschaften“ der Relegationszonen, in denen die ausgegrenzte, arbeitslose und perspektivlose „neue Unterschicht“ der Städte lebt. Diese Quartiere (die alten Arbeiterviertel im Ruhrgebiet) müssen heute auf dem Hintergrund erheblicher baulicher, infrastruktureller und sozialkultureller Defizite wichtige gesellschaftliche Integrationsleistungen für ihre Kinder und Jugendlichen und neuerdings für zahlreiche Flüchtlinge und Armutszuwanderer erbringen, so dass von einer schnell wachsenden multiplen Überforderung gesprochen werden muss. Gefordert ist eine Bildungsoffensive (die un-

gleiches ungleich behandelt und mehr als bisher auf informelle Bildung im Quartier und in der Familie setzt) als Investition in die Ortsgesellschaft und in das Humanvermögen der nachwachsenden Generation. Sie muss von massiven baulichen und sozialen Investitionen (Etablierung und Unterstützung nachbarlicher Solidarität) mit dem Ziel der Stabilisierung und Revitalisierung der ehemaligen Arbeiterviertel flankiert werden. Nur so kann selektiver Fortzug, Fluktuation und die Zunahme von Anomie (das heißt einer abweichenden gesellschaftlichen Normalität) gestoppt werden, nur so kann verhindert werden, dass tatsächlich in den Relegationszonen in den ehemaligen Arbeitervierteln im Norden des Reviers „demokratiefreie Zonen“ entstehen. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in NRW geben Zeugnis davon, welche Wirkungen die Erfahrung von Perspektivlosigkeit und sozialer Exklusion für die gesamte Stadtgesellschaft haben kann.

3 Ausbau Interkommunale Kooperation

Mit der fehlenden funktionalen Differenzierung ging lange Zeit eine unterentwickelte interkommunale Kooperation im Ruhrgebiet einher. Die wesentlichen Ursachen hierfür lagen in der Größe des Ruhrgebiets, in der Polyzentralität und in den lokalen Animositäten. Um das Kirchturmdenken zu überwinden, wurden in der Vergangenheit als Lösungsversuche die Schaffung einer Ruhrstadt, das Verfolgen einer Metropolenstrategie oder die Schaffung eines Regierungsbezirkes und eines Landschaftsverbandes Ruhrgebiet vorgeschlagen. Es ist nun schon verschiedentlich dargestellt worden, dass weder die Einrichtung einer Bezirksregierung oder eines Landschaftsverbandes Ruhrgebiet noch die Gründung einer Ruhrstadt die angesprochenen Problemlagen im Ruhrgebiet lösen können. Vielmehr geht es darum, **intensiver als bisher auf eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit zu setzen** und in diese Zusammenarbeit nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure einzubeziehen. Zielvorstellung der Kooperationen im Ruhrgebiet sollte eine von den **Aufgaben abhängige, variable räumliche Abgrenzung** sein, das heißt, je nach Politikfeld muss die Kooperation nicht immer alle Kommunen im Revier betreffen und muss auch nicht auf den Raum des RVR beschränkt sein. Interkommunale Kooperation ist erforderlich für funktionale Differenzierung, Clusterbildung, integrierte Handlungskonzepte und eine bessere Ausnutzung der begrenzten kommunalen Ressourcen.

Was ist hier besser geworden?

Die Einschätzung einer mangelnden interkommunalen Kooperation trifft nicht auf alle Politikfelder zu. Zudem gibt es in letzter Zeit einige ermutigende Signale, dass die interkommunale Kooperation besser wird (vgl. z.B. Kulturhauptstadtjahr, Wettbewerb Kooperation Ruhr) und auch der Regionalverband Ruhrgebiet wieder mehr Akzeptanz erhält und sich aktiver einbringt. Wichtige Themenfelder regionaler Zusammenarbeit sind prinzipiell die Regionalplanung, der ÖPNV, die regionale Wirtschaftsförderung, das regionale Tourismusmanagement, die Kulturpolitik, die Abfall- und Abwasserentsorgung, die Trägerschaft von Berufs- und Förderschulen und die regionale Wissenschaftspolitik. Im Ruhrgebiet kommt als große gemeinsame Aufgabe der Umbau der Emscher durch die Emschergenossenschaft hinzu. Für das Ruhrgebiet liegen nur für Teilbereiche Untersuchungen über den Stand der Zusammenarbeit vor (z.B. ÖPNV, Kultur, Wissenschaft). Sie zeigen ein differenziertes Bild je nach Aufgabenbereich. Insgesamt wächst aber die Bereitschaft stärker interkommunal zu kooperieren.

Was ist noch zu tun?

Insgesamt sind institutionelle Lösungen zu finden, die zwischen den Städten im und um das Ruhrgebiet herum Arbeitsteilung, Profilbildung und Zusammenarbeit ermöglichen und damit die Steuerung und Koordinierung der „Metropolregion“ Ruhrgebiet deutlich verbessern. Handlungsbedarf besteht vor allem noch im Bereich des ÖPNV, in der Frage, welche Aufgaben der regionalen Wirtschaftsförderung zukommen und in der Frage, wie die regionale Wissenschaftspolitik weiter gestärkt werden kann

Interkommunale Zusammenarbeit wächst am besten durch Kooperationserfahrungen und Vertrauen der kommunalen Gebietskörperschaften zueinander. Beides war im Ruhrgebiet z.T. unterentwickelt. Deshalb braucht es externe Hilfen durch Expertise und Anreize. **Expertise** meint die Aufbereitung von Erfahrungen funktionierender interkommunaler Zusammenarbeit in wichtigen Politikfeldern, die den Akteuren zur Verfügung gestellt werden, um die Chancen einer interkommunalen Zusammenarbeit zu verdeutlichen und den Druck auf Veränderungen zu erhöhen. **Anreize** können durch gezielte Landesprogramme, die nicht nach dem Gießkannenprinzip funktionieren, gesetzt werden. Die Gewährung von Fördermitteln kann mit dem Nachweis einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit verbunden werden.

Stand 27.02.2018

Kontakt

Prof. Dr. Jörg Bogumil
Geschäftsführender Leiter des ZEFIR
Dr. David H. Gehne
Geschäftsführer
zefir@rub.de
0234/3229040 (Sekretariat)
www.zefir.rub.de